

6300/J XX.GP

## ANFRAGE

der Abgeordneten Dr. Johannes Jarolim, Otto Pendl  
und Genossen  
an den Bundesminister für Justiz  
betreffend Einsatz von modernen Medien für amtliche Veröffentlichung

Für die unterzeichneten Abgeordneten ist es nur konsequent, wenn der Einsatz von modernen Medien auch bei amtlichen Veröffentlichungen gefördert wird. Eine solche Veröffentlichung z.B. im Internet erhöht die Transparenz des Veröffentlichungsinhaltes und ist daher im Sinne des Konsument- und Gläubigerschutzes zu befürworten.

Allerdings sehen die unterzeichneten Abgeordneten die gegenwärtige Entwicklung kritisch. Es ergibt keinen Sinn, solche amtliche Verlautbarungen die bisher zentral veröffentlicht wurden, nunmehr im Bereich der modernen Medien auf verschiedene Einrichtungen aufzuteilen. Die Wiener Zeitung hat sich schon bisher im Bereich der amtlichen Veröffentlichungen verdient gemacht und führt seit geraumer Zeit eine permanente Entwicklung im Bereich des Internets durch und verfügt über eine hohe Kompetenz in diesem Bereich. Es ist daher unverständlich, dass parallel dazu kostenaufwendig neue Projekte vergeben werden.

Darüber hinaus ist es für die unterzeichneten Abgeordneten im Sinne des Konsumentenschutzes von besonderer Bedeutung, dass einfache Abfragen kostenlos abgerufen werden können.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Justiz nachstehende

### Anfrage:

1. Werden nach Wegfall der derzeit von der Wiener Zeitung kostenlos via Internet angebotenen Veröffentlichungen in Insolvenzfällen Abfragen aus der Insolvenzdatei des Justizministeriums ebenfalls kostenlos sein bzw. mit welchen (neuen) Kosten

muss für Abfragen aus der Insolvenzdatei des Justizministeriums ab 2000 gerechnet werden?

2. Ergibt sich für die betroffenen Unternehmen bzw. die Gläubiger ab 2000 dadurch eine Verbilligung, dass Insolvenznachrichten ab diesem Zeitpunkt nicht mehr in der Wiener Zeitung veröffentlicht werden müssen und damit die Einschaltgebühr in der Wiener Zeitung entfällt?
3. Wie hoch waren die vom Justizministerium bisher eingesetzten Budgetmittel für den Aufbau einer zweiten Veröffentlichungsschiene zusätzlich zur bestehenden Wiener Zeitung?
4. Werden für die öffentliche Hand neben den Implementierungs - bzw. Investitionskosten auch Folgekosten entstehen insbesondere, was Servicedienste, Verrechnung etc. dieser neuen Onlinedienste des Justizministeriums betrifft?
5. Ist es rechtspolitisch bzw. im Sinne eines möglichst uneingeschränkten Zugangs der Bürgerinnen und Bürger zu rechtlichen Basisinformationen vertretbar, einen weltweit abrufbaren, kostenlosen Veröffentlichungsdienst zugunsten eines nur mittels kostenpflichtiger Zugangsberechtigung erreichbaren Dienstes aufzugeben?
6. Wie sehen Sie kurz - , mittel - und langfristig die Entwicklung im Bereich der amtlichen Veröffentlichungen auf Internet?